

Greenplease Newsletter

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN Gladbeck

„Erneuerbare Energien bedeuten Wachstum und Beschäftigung“

Am 15. März 2005 verabschiedete die Emscher-Lippe-Allianz gemeinsam mit der Landesregierung auf ihrer Konferenz in Gelsenkirchen eine Zielvereinbarung zur Entwicklung der Region. Zum Inhalt der Vereinbarung befragten wir den Stadtverbandssprecher und Landtagskandidaten von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN, Bernd Lehmann.

Themen in dieser Ausgabe:

- Informationen zur Zielvereinbarung der Emscher-Lippe-Allianz
- Radverkehrsförderung
- Das Städtebauprogramm
- Umweltschutz am Bernskamp
- Rathausbau und Klimaschutz
- NRW-Landtagswahl
- Terminkalender Mai

In dieser Ausgabe:

„Erneuerbare Energien bedeuten Wachstum und Beschäftigung“	1
Gladbecker Potenziale zu wenig genutzt	2
Belügt Bürgermeister Roland die Öffentlichkeit	3
RadlerInnen können Fahrradklima bewerten	4
Vesper bewilligt 2,2 Mio. Euro schweres Investitionsprogramm	4
„Vernichtung von Wald wird wesentlich erleichtert!“	5
Reduzierung von Treibhausgasen hat auch ihren Wert!	5

Greenplease: Im März haben Landesregierung und Region eine gemeinsame Zielvereinbarung für den Emscher-Lippe-Raum abgeschlossen. Die Gewerkschaften loben, dass hierdurch 30.000 Arbeitsplätze entstehen könnten. Warum kritisieren Sie die Vereinbarung?

Lehmann: Im Gegenteil. Wir haben immer eine starke regionale Zusammenarbeit gefordert. In unserem dichten Siedlungsraum macht es keinen Sinn, in engen Stadtgrenzen zu denken. Arbeitsplätze, die in Bottrop und Gelsenkirchen entstehen, kommen natürlich auch Gladbecker Arbeitssuchenden zu Gute.

Dennoch bemängeln Sie, dass Gladbecker Potenziale mit der Vereinbarung zu wenig genutzt würden.

Das ist richtig. Unsere Stadt taucht in der Vereinbarung ausschließlich im Zusammenhang mit dem Ausbau der B224 zur A52 auf. In diesem Zusammenhang werden wir lediglich als Bremsklotz gesehen. Die Zielvereinbarung fordert daher eine zügige Realisierung des Projektes. Andererseits werden die Möglichkeiten, die unsere Stadt zur Entwicklung des Emscher-Lippe-Standortes beitragen kann, vernachlässigt.



Zukunftsenergien sollen im Emscher-Lippe-Raum noch stärker vorangebracht werden – erneuerbare Energien sind ein Wachstums- und Beschäftigungsmotor

Was schwebt Ihnen da vor?

Lehmann: Beispielsweise wird die Logistikwirtschaft als Kompetenzfeld unserer Region herausgearbeitet. Mit den Bahn- und Hafenbetrieben haben wir ein großes Logistikunternehmen vor Ort. Das vorliegende Konzept konzentriert sich wie so oft aber nur auf den Ausbau von Straßen.

Die Zielvereinbarung will auch Zukunftsenergien ausbauen. Müsste das die Grünen nicht freuen?

Es hat in der Tat lange gedauert, bis endlich erkannt wurde, dass erneuerbare Energien auch Wachstum und Beschäftigung bedeuten und keine Öko-Spielereien sind. Mit dem

Innovationszentrum Wiesenbusch haben wir ein viel beachtetes Kompetenzzentrum für Solarthermie und Wärmepumpen-Technik vor Ort. Rockwool als Marktführer in der Wärmedämmung betätigt sich in der energetischen Optimierung von Immobilien. Und beim Rathausneubau werden wir an unserer Forderung festhalten, dass auf das Dach einer modernen Verwaltung ein Solarkraftwerk gehört. Die Stadt soll diese Maßnahme auf Grundlage der Zielvereinbarung als Pilotprojekt anmelden.

Ein Modewort, das auch in der Zielvereinbarung auftaucht, ist der „Masterplan“. Haben wir nicht schon genug Pläne, die

(Fortsetzung auf Seite 2)

(Fortsetzung von Seite 1)

in den Schubladen schlummern.

Wenn man an das Freizeitgutachten Wittringen denkt, in das die Verwaltung 130.000 Euro gepulvert hat, trifft das sicherlich zu. Denn der Plan hat leider nicht dazu geführt, dass man das Tourismuspotenzial unserer Freizeitlandschaft mit Schloss und Halden anerkennt. Die Region hat sich vorgenommen im Freizeitbereich 10 % zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Das Gladbecker Wellness-Zentrum und die Motodrom-Arena aus dem Gutachten wurden aber wohl zu Recht als Nonsens abgestempelt.

Würde das Wellness-Zentrum nicht eher in den Bereich Gesundheitswirtschaft fallen, wo die Region ebenfalls Wachstumspotenziale sieht?

Die Gesundheits- und Seniorenwirtschaft ist tatsächlich

ein wichtiger Wirtschaftszweig. Das von uns in Brauck geplante Reha-Zentrum und das ursprünglich vorgesehene Suchttherapiezentrum sollen zusammen 135 Arbeitsplätze schaffen. Wir werden dafür sorgen, dass diese Projekte in den jetzt anvisierten Masterplan Gesundheitswirtschaft einfließen.

Jetzt erkennt man also die wirtschaftliche Bedeutung von Senioren. Zu Pisa-Zeiten stand noch die Jugend im Vordergrund. Wird dieses Thema aktuell ausgeblendet?

Natürlich nicht! Die Emscher-Lippe-Region will sich zu einer Region der Bildungsförderung weiterentwickeln. Auch hier hat der Gladbecker Rat mit dem vor kurzem gegründeten Fonds für Kinder, Jugend, Familie und Bildung schon gute Voraussetzungen geschaffen. Eine mit der Landesregierung vereinbarte Maßnahme ist zum Beispiel die besondere

Förderung der Betreuungsangebote für unter dreijährige Kinder. Dies ist auch eine grüne Forderung. Außerdem sollen Sprachförderprogramme und Präventionsmaßnahmen modellhaft erprobt werden. Durch unseren Fonds bietet sich Gladbeck als Modellstadt an.

Insgesamt ziehen Sie also ein positives Urteil zur Zielvereinbarung.

Die Zielvereinbarung ist ein Grundsockel. Meine Partei wird die allgemeinen Absichtserklärungen mit Leben füllen und auch in Gladbeck konkrete Projekte einfordern. Schöne Worte allein schaffen keine Arbeitsplätze; die Verfasser der Zielvereinbarung müssen ihren Worten nun Taten folgen lassen.

→ [weitere Infos im Netz](#)

→ [Zielvereinbarung \(pdf\)](#)



Pilotprojekte wie die nachgeführte Photovoltaikanlage auf der Gesamtschule sollen im Emscher-Lippe-Raum zum Standard werden.

Gladbecker Potenziale zu wenig genutzt!

[29.04.05] „Mit der Emscher-Lippe-Allianz nimmt die Region die Herausforderung des Strukturwandels an und die Gestaltung ihrer Zukunft aktiv in die Hand“, heißt es in der im März zwischen der Landesregierung und der Region abgeschlossenen Zielvereinbarung. Der regionale Ansatz wird von den Grünen begrüßt; dennoch kritisiert die Partei, dass die Gladbecker Potenziale nicht ausgeschöpft würden.

„Regionale Zusammenarbeit darf nicht bedeuten, dass man sich über die Interessen des Einzelnen einfach hinwegsetzt“, erläutert Grünsprecher Bernd Lehmann die bereits geäußerte Kritik an den Verkehrszielsetzungen der Vereinbarung. Während der Rat vor genau einem Jahr mit großer Mehrheit deutlich gemacht hat, dass der Ausbau der B224 zur A52 nur stadt-

und umweltverträglich akzeptiert werde, spricht sich die Zielvereinbarung für „eine zügige Realisierung“ des Projektes aus, ohne den notwendigen Schutz der Anwohner vor Lärm, Staub und Abgasen zu unterstreichen.

„Die Vorstellungskraft der Verfasser der Zielvereinbarung scheint hinter der AutobahnlärmSchutzwand zu enden.“

Ohnehin scheine der Vorstellungshorizont der Verfasser der Zielvereinbarung hinter der AutobahnlärmSchutzwand zu enden. Beim Ausbau der Verkehrsinfrastruktur konzentriert man sich ausschließlich auf den Straßenbau. „Ich finde es sträflich, dass die Entwicklung

der Güterbahnstrecken mit keiner Silbe erwähnt wird, obwohl wir mit dem Bahn- und Hafenbetrieben ein großes Logistikunternehmen vor Ort haben, das beispielsweise die regionale Zulieferung des Ikea-Möbelhauses über die Schiene abwickelt“, zeigt sich der Grünenpolitiker enttäuscht. Die Förderung der Logistikwirtschaft wird als Kompetenzfeld der Emscher-Lippe-Region angeführt.

Nach Ansicht der Grünen werden die Gladbecker Potenziale in der Zielvereinbarung ohnehin zu wenig genutzt. Das Innovationszentrum Wiesenbusch als Kristallationsstandort für Solarthermie und Wärmepumpentechnik werde beim Themenschwerpunkt Zukunftsenergien vernachlässigt. Und während Halterner See und Berger Feld als Entwicklungsgebiete der Freizeitwirtschaft explizit aufgeführt werden, bliebe die Gladbecker Freizeitlandschaft mit dem Wittringer

„Das Innovationszentrum Wiesenbusch ist ein Kristallationsstandort für Solarthermie und Wärmepumpentechnik.“



Das Innovationszentrum Wiesenbusch

(Fortsetzung auf Seite 3)

(Fortsetzung von Seite 2)

Wald ungenannt. „Womit rechtfertigt die Stadtverwaltung eigentlich die 130.000 Euro, die sie in das Freizeitgutachten gepulvert hat, wenn die Standorte jetzt nicht vermarktet werden“, fragt sich Lehmann.

Dennoch wollen die Grünen auf Grundlage der Zielvereinbarung ihre erfolgreichen Kon-

zepte weiter vorantreiben. „Das Reha-Zentrum Brauck und das weiterhin geplante Suchttherapiezentrum müssen in den anvisierten Masterplan Gesundheitswirtschaft einfließen“, nennt Lehmann ein Beispiel. Auch über Aussagen in der Zielvereinbarung, die die Entwicklung von Pilotprojekten für die Anwendung von Solar-energie fordern, freuen sich die Grünen. In dem Text heißt es: „Die Kommunen der Regi-

on werden in Kürze diese Projekte präzisieren und ihre Umsetzungsschritte mit der Landesregierung abstimmen“. Dass hierzu selbstverständlich das Solardach auf dem Rathausneubau zählen muss, liegt für die Grünen auf der Hand. Der Wirtschaftsausschuss wird sich mit der abgeschlossenen Zielvereinbarung für die Emscher-Lippe-Region am 10. Mai befassen.



Trotz teurem Gutachten nicht interessant für die Freizeitwirtschaft? Das Naherholungsgebiet Wittringen.

Belügt Bürgermeister Roland die Öffentlichkeit?

[15.04.05] Auf der "Perspektivkonferenz" am 15. März haben führende PolitikerInnen der Emscher-Lippe-Region und der Landesregierung umfangreiche Zielvereinbarungen für die Region beschlossen. Tags darauf erklärte Bürgermeister Roland in der örtlichen Presse: "Dank der Unterstützung des Landrates ist es uns [Roland und MdL Röken, d.Verf.] heute gelungen, die Zusage eines stadt- und umweltverträglichen Ausbaus der B224 in die Vereinbarung durchzusetzen." (gleichlautende Zitate in WAZ und RN)

Diese Aussage ist unwahr, wie die GRÜNEN jetzt herausfanden.

Auf entsprechende Nachfrage konnten sich schon grüne TeilnehmerInnen an der Konferenz an eine diesbezügliche Diskussion nicht erinnern und bestritten auch, dass es eine Veränderung des Beschlusstextes gegeben habe. Inzwischen liegen die beschlossenen Zielvereinbarungen dem Regionalrat zur Verabschiedung vor. GRÜNEN-Fraktionsvorsitzender Mario Herrmann: "An keiner Stelle des Textes ist von 'Stadt- und Umweltverträglichkeit' die Rede. Es wird lediglich eine 'zügige Realisierung des Projekts' und die 'Schaffung der baurechtlichen Voraussetzungen durch die Region' vereinbart. Bürger-

meister Roland hat bei seiner Zustimmung zu dieser Formulierung ganz offensichtlich die bisherige glasklare Position einer breiten politischen Mehrheit in unsere Stadt ('Kein Ausbau ohne Deckel!') verlassen. Das ist schlimm genug. Aber dass er nicht dazu steht und die Öffentlichkeit wissentlich belügt, ist absolut inakzeptabel!"

„Bürgermeister Roland hat bei seiner Zustimmung zu dieser Formulierung ganz offensichtlich die glasklare Position einer breiten politischen Mehrheit in unserer Stadt verlassen.“

In der Antwort auf eine aktuelle Anfrage der BIG-Fraktion bleibt Roland auffallend schwammig, behauptet jedoch weiterhin, das Attribut des stadtverträglichen Ausbaus sei auf ausdrücklichen Wunsch der Stadt Gladbeck aufgenommen worden. Im übrigen bittet



Mario Herrmann ist Vorsitzender der Ratsfraktion von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN Gladbeck.

er um Verständnis, dass "darüber hinausgehende belastbare Aussagen derzeit nicht gemacht werden" könnten und "eine Beantwortung der sehr dezidierten Fragen zum jetzigen Zeitpunkt in dieser Form nicht möglich" sei.

Für den GRÜNEN-Landtagskandidaten Bernd Lehmann steht fest: "Offenbar stehen nur die GRÜNEN zu hundert Prozent hinter der Forderung, dass ein Ausbau der B224 nur überdeckelt und bei deutlicher Verbesserung der derzeitigen Gladbecker Situation geschehen soll! Schon in der Stellungnahme des Landes NRW zum Bundesverkehrswegeplan war der Deckel vor einiger Zeit erst auf Initiative der grünen Landtagsfraktion als Anforderung formuliert worden! Die fehlende Klarheit von Roland und SPD-MdL Röken ist für mich Anlass, im Wahlkampf noch einmal deutlich zu machen, dass ich als Abgeordneter keinesfalls von den formulierten Mindestanforderungen abweichen werde!"

Die Grünen haben jetzt einen Antrag gestellt, wonach sich der Rat in seiner nächsten Sitzung mit dieser Thematik befassen soll.

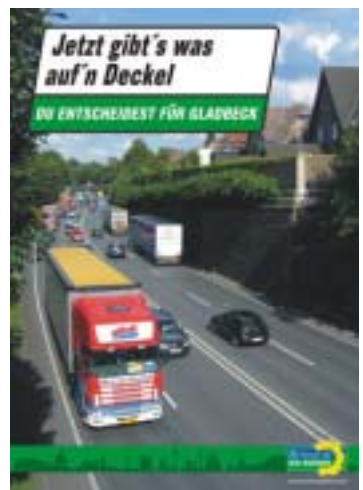
→ [Infoseite A 52](#)

→ [Antrag für den Rat](#)

→ [Resolution des Rates vom 30.03.2004](#)

→ [Zielvereinbarung vom 15.04.2005 \(pdf, 275 KB\)](#)

„An keiner Stelle des Textes ist von ‚stadt- und umweltverträglichkeit‘ die Rede!“



„Jetzt gibt's was auf den Deckel“

RadlerInnen können Fahrradklima bewerten!

[15.04.05] Die Gladbecker Zweiradfahrer können beim Fahrradklimatest 2005 auch die Situation in Gladbeck bewerten. Hierauf weist Grüuensprecher Bernd Lehmann hin.

Im Fahrradklimatest 2005 ermittelt der ADFC (Allgemeiner Deutscher Fahrradclub) in Zusammenarbeit mit dem BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland), wie fahrradfreundlich die deutschen Städte sind. Gefragt wird vor allem danach, wie die Bürger das Radfahren in ihrer Stadt empfinden. Dabei stehen die Themen Sicherheit und Komfort des Radfahrens sowie das Engagement der Städte für den Radverkehr im Vordergrund.

Bei der letzten Umfrage unter Gladbecks Radfahrbegeisterten erlangte die Stadt Gladbeck den respektablen Platz 7 unter den Städten bis zu 100.000 Einwohnern. Auch die Grünen zeigten damals viel Lob für die fahrradfreundlichen Zustände. Einzig im Bereich von Baustellen deckte die Umfrage deutliche Mängel auf: hier bewerteten die Gladbecker Radlerinnen und Radler ihre Stadt nur mit „ausreichend minus“. Auf Antrag der Grünen beschäftigte sich anschließend der Bauausschuss mit der deutlichen Nutzerschelte und ermahnte die Verwaltung zu mehr Rücksicht gegenüber Fußgängern und Radfahrern bei der Einrichtung von Baustellen.

„Wir sind gespannt auf die neue Beurteilung des Gladbe-

cker Fahrradklimas durch unsere Bürger“, ermutigt Lehmann die Radler, sich an der Umfrage zu beteiligen. Einerseits hofft der Kommunalpolitiker, dass die Bürger wohlwollend das bereits Erreichte wie die vielen Radwege, die Wegweisung oder auch die Radstation in der Fahrradpolitik anerkennen. Andererseits erwartet er natürlich auch eine kritische Offenlegung von Missständen.

Zur Umfrage und dem Fragebogen gelangt man über die Internetseiten der Grünen unter www.gruene-gladbeck.de. Der Fragenkatalog einfach und schnell online ausgefüllt werden.

→ [zum Online-Fragebogen](#)

→ [Weitere Infos im Netz](#)



„Autofahrer bitte absteigen!“

Minister Vesper (Grüne) bewilligt 2,2 Mio. Euro schweres Investitionsprogramm für Gladbeck

[07.04.05] Mit gut 2,2 Mio. Euro fördert NRW-Bauminister Michael Vesper (Grüne) Stadterneuerungsmaßnahmen in Gladbeck. Hierüber informiert Bernd Lehmann, Landtagskandidat der Gladbecker Grünen und selbst von Beruf Stadtplaner.

„Die Städtebauförderung ist ein unverzichtbares Investitionsprogramm der grün-roten Landesregierung, mit dem der Strukturwandel in unseren Städten unterstützt wird“, freut sich Lehmann über die Hilfe seines Ministers aus Düsseldorf. Knapp 400.000 Euro Fördermittel stellt dieser für Maßnahmen im Stadtteil Brauck zur Verfügung. Ähnlich wie im Stadtteil Butendorf sollen im Rahmen des Landesprogramms „Soziale Stadt“ Projekte angestoßen werden, um die Lebens- und Arbeitsqualitäten im Stadtteil Brauck aufzuwerten und zu stabilisieren.

Eine kleinere, aber laut Lehmann „gleichfalls effiziente“ Summe soll in die Innenstadt fließen: mit 36.000 Euro fördert das Land das von der Verwaltung entwickelte Fassadenprogramm. „Noch im September hatten wir Michael Vesper in unsere Innenstadt eingeladen, um ihn von der positiven Wirkung einer liebevoll restaurierten Fassade wie der des Hahne-Gebäudes zu überzeugen.“ Damals warben die Grünen auch um Unterstützung des Städtebauministers zur Freilegung der Jugendstilfassade des P&C-Eckhauses.

Mit 300.000 Euro unterstützt Vesper, der auch Kulturminister ist, die weitere Sanierung des Ruhrtriennale-Standortes in Zweckel. Als Förderreserve werden weitere 200.000 Euro

für die Maschinenhalle Zweckel eingeplant.

Erfreut zeigt sich Lehmann, dass mit Unterstützung des Ministers die Modernisierung der Gladbecker Schullandschaft fortgesetzt werden kann. Eine halbe Millionen Euro hat dieser zur Sanierung des Hans-Böckler-Berufkollegs bereitgestellt. Weitere 250.000 Euro stehen dem Vorhabenträger, dem Kreis Recklinghausen, als Reserve zur Verfügung.

Aus dem Sonderprogramm „Stadtumbau West“ fließen 537.000 Euro in den Stadtteil Rentfort. Hier sollen rund um das Wohn- und Geschäftszentrum an der Schwechater Straße zukunftsfähige Umbaukonzepte gefunden werden. Auch die Schwechater Straße besuchte Minister Vesper auf Einladung der Grünen im vergangenen Jahr.

→ [Weitere Infos im Netz](#)

→ [Stadterneuerungsprogr.](#)

Die Städtebauförderung ist ein unverzichtbares Investitionsprogramm“



Bernd Lehmann (links) mit Minister Dr. Michael Vesper bei dessen Besuch der Schwechater Straße 38 in Rentfort



„Vernichtung von Wald wird wesentlich erleichtert!“ GRÜNE kritisieren Aufhebung des Bebauungsplans am Bernskamp

[01.04.05] "Mit Aufhebung des Bebauungsplanes kann Wald im Bereich des Bernskamp ohne jeglichen ökologischen Ausgleich gerodet werden", nimmt Bernd Lehmann für Bündnis 90 / DIE GRÜNEN zum aktuellen Offenlegungsverfahren des Plans Stellung. Das Verfahren halte sich nicht an die gesetzlichen Vorgaben.

Die Grünen kritisieren, dass die Verwaltung die Umweltbelange im Rahmen des Bauleitverfahrens nicht sorgfältig berücksichtigt. In der Begründung zur Aufhebung des Bebauungsplans am Bernskamp

schreibt die Verwaltung: "Mit der Aufhebung des Bebauungsplanes sind keine Eingriffe i. S. von § 21 Bundesnaturschutzgesetz verbunden. Ausgleichsregelungen sind daher nicht erforderlich". Das sehen nicht nur die Grünen anders, sondern auch das Forstamt Recklinghausen, welches in seiner Stellungnahme vom 30.04.2004 Bedenken gegen die ersatzlose Aufhebung des Bebauungsplans äußert. Das Forstamt warnt davor, „dass Vernichtung von ‚Grün‘ nicht nur wesentlich erleichtert würde, sondern [...] auch der Kompensationspflicht entzogen würde.“

„Die geplante und mit der Auf-

hebung des Bebauungsplans ermöglichte städtebauliche Ergänzung im Bernskamp stellt entgegen der Darstellung der Verwaltung einen Eingriff in Natur und Landschaft dar“, so Lehmann. Dieser Umwelteingriff müsse innerhalb des Aufhebungsverfahrens berücksichtigt werden, ansonsten würden die Grünen Verfahrensfehler geltend machen. „Wir haben nichts dagegen, die Siedlung der Preußischen Berginspektion wieder um einen Baukörper zu ergänzen“, so der Grünen-Politiker. Aber dabei dürfe der Umweltschutz nicht einfach missachtet werden.

→ [Weitere Infos im Netz](#)



Nimmt die Verwaltung den Ausgleich von Umwelteingriffen nicht ernst?

Reduzierung von Treibhausgasen hat auch ihren Wert!

[01.03.05] Der Neubau des Verwaltungsgebäudes erfolge unter strengen ökologischen Vorgaben. Dies gewährleiste u.a. der Runderlass "Umweltschonendes Bauen des Landes NRW", der verbindlicher Bestandteil der Auftragsvergabe war. Hierauf weisen die Grünen in einer Stellungnahme hin.

"Natürlich gibt es in einigen Details noch Dissens zwischen dem Bauträger Hochtief und meiner Fraktion", so Grünen-sprecher Bernd Lehmann. Insgesamt fänden bei dem Bauprojekt jedoch viele ökologische Kriterien Berücksichtigung. So solle der Jahresheizwärmebedarf des Verwaltungsneubaus den Zielwert der Energieeinsparverordnung um mindestens 30 Prozent unterschreiten. Diese Vorgabe geht auf einen im Dezember 2003 geschlossenen Kompromiss zurück, der als Alternative zu dem damals diskutierten Passivhausmodell vereinbart wurde.

Auch bei der Wahl der Baustoffe seien ökologische Gesichtspunkte zu beachten.

"Gerade nach den desaströsen Erfahrungen mit PCB legten wir Wert auf gesundheitlich unbedenkliche Materialien", macht Lehmann deutlich. So dürften nur möglichst schadstoffarme Werkstoffe zum Einsatz kommen. Gesundheitlich oder

„Gerade nach den desaströsen Erfahrungen mit PCB legen wir Wert auf gesundheitlich unbedenkliche Materialien und Baustoffe.“

ökologisch bedenkliche Beschichtungen und Zusätze seien zu vermeiden. Tropenhölzer seien - z.B. bei der Möblierung des Gebäudes - ohne Zertifizierung tabu.

Uneins mit dem Hochtief-Konzern sind sich die Grünen beispielsweise bei der möglichen Nutzung regenerativer Energien. Auch deren Verwen-

dung schreibe der Runderlass vor. Laut Hochtief käme der Einsatz einer Photovoltaikanlage jedoch nicht in Frage, weil diese nicht wirtschaftlich zu betreiben sei. Ganz anders sehen das die Grünen. Durch die Einspeisevergütung in Höhe von 51,8 Cent pro Kilowatt und durch zusätzliche Investitionszuschüsse rechne sich die Anlage in 20 Jahren. Außerdem spare allein die mittelgroße PV-Anlage in 20 Jahren 728 Tonnen des Klimakillers CO₂ ein. Das entspricht der selben Menge, die ein Neuwagen auf einer Strecke von 3,8 Millionen km verbraucht, also wenn er 96 mal die Erde umfährt.

"Die Stadt muss Farbe bekennen", so Lehmann. Auch die Reduzierung von Treibhausgasen habe ihren Wert und müsse in die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung einfließen. Schließlich sei die Stadt Gladbeck offizielles Mitglied des weltweiten Klimabündnisses. "Gerade mit dem Bau unseren eigenen Verwaltungsgebäudes müssen wir vorbildhaft vor Ort dazu beitragen, die Ziele des Kyoto-Abkommens umzusetzen".

→ [Weitere Infos im Netz](#)

„Eine mittelgroße PV-Anlage spart in 20 Jahren 728 Tonnen des Klimakillers CO₂ ein.“



Beim Verwaltungsneubau sollen nach Ansicht der Grünen auch regenerative Energien zum Einsatz kommen

Trittin für mehr Klimaschutz am Bau Jede Sanierung zur energetischen Modernisierung nutzen

Auf die Bedeutung verstärkter Anstrengungen zum Klimaschutz im Gebäudebereich hat Bundesumweltminister Jürgen Trittin (Grüne) hingewiesen.

"In kaum einem anderen Sektor des Klimaschutzes gehen Arbeit und Umwelt so offensichtlich Hand in Hand", sagte der Bundesumweltminister zur Eröffnung einer Tagung der Grünen Bundestagsfraktion zum Klimaschutz am Bau. Gerade im Gebäudebereich mit seinen sehr langfristigen Investitionszyklen ist rasches Handeln besonders wichtig. "Heutiges Handeln oder Unterlassen hinterlässt auf Jahrzehnte seine Spuren in den Treibhausgasbilanzen", sagte Trittin.

Die Bundesregierung hat bereits eine Reihe von klimapolitischen Instrumenten eingeführt, um die Kohlendioxid-Emissionen im Gebäudebe-

reich zu senken. Alleine die Energieeinsparverordnung wird bis zum Jahr 2012 zu einer Minderung des CO₂-Ausstoßes um 9 bis 12 Millionen Tonnen jährlich beitragen. Auf die energetische Modernisierung bestehender Gebäude zielt das KfW-Gebäude-sanierungsprogramm, für das die Bundesregierung im Zeitraum 2001 bis 2005 rund 1,5 Milliarden Euro zum Teil aus Mitteln der ökologischen Steuerreform bereitgestellt hat. Über das Marktanreizprogramm wurde der Einsatz von erneuerbaren Energien vornehmlich zur Erzeugung von Raumwärme, beispielsweise mit Solarkollektoranlagen, gefördert. Seit 1998 hat sich die Kollektorfläche in Deutschland von damals 2 auf über 6 Millionen Quadratmeter vergrößert.

Trotzdem ist der Umfang der heute üblichen Energiesparmassnahmen im Neu- wie im Altbau ist bei weitem noch

nicht ausreichend, um die langfristigen Klimaschutzziele zu erreichen. Derzeit werden bei Sanierungen in weniger als der Hälfte der Fälle die Gebäude nachträglich wärmege-dämmt. "In den nächsten 20 Jahren steht rund die Hälfte des Gebäudebestandes zur Sanierung an. Jede geeignete Instandhaltungsmaßnahme sollte gleichzeitig zur energetischen Modernisierung genutzt werden", sagte Trittin. Deshalb sei es beispielsweise unverzichtbar, das KfW-Gebäude-sanierungsprogramm über das Jahr 2005 hinaus fortzusetzen und nach Möglichkeit noch aufzustocken.

Jürgen Trittin: "Klimaschutz heißt Energie sparsam, effizient und erneuerbar zu nutzen. Klimaschutz am Bau schafft Arbeit für Zehntausende. Jeder staatlich bereitgestellte Euro erzeugt mehr als das Siebenfache an privaten Investitionen."



Vorbild oder Drecksschleuder? Welche Zukunftsenergien kommen beim Verwaltungsneubau zur Anwendung?

„Nordrhein-Westfalen ist das wichtigste Bundesland“ Rede von Spitzenkandidatin Bärbel Höhn

In Ihrer Rede auf dem Landesparteitag der Grünen erläuterte Spitzenkandidatin Bärbel Höhn Ende Februar die Ziele Ihrer Partei:

Nordrhein-Westfalen ist das wichtigste Bundesland und deshalb ist das, was hier in Nordrhein-Westfalen passiert, immer von bundesweiter Bedeutung. Wir selber hier in Nordrhein-Westfalen, wir Grünen, haben 10 Jahre Erfahrung in der Landesregierung, wir haben 15 Jahre Erfahrung im Landtag – und wir haben die Verantwortung für 18 Millionen Menschen in diesem Land seit 10 Jahren. Und, liebe Freundinnen und Freunde, wir machen eine gute Regierungsarbeit – alle bescheinigen uns das. Wir sind professionell aufgestellt und wir haben gute, wichtige Schritte für dieses



Land in Bewegung gebracht. Wir kennen die Schwächen und die Stärken dieses Landes. Eines der wichtigsten Themen, die in diesem Wahlkampf eine Rolle spielen werden, wird die Frage sein: Was sind unsere Konzepte für die Massenar-

beitslosigkeit? Es sind erschreckende Zahlen, ohne Frage. Über 5 Millionen Menschen auf Bundesebene, über eine Million in Nordrhein-Westfalen. Und die Menschen sind auch verunsichert. Wir selber sind
(Fortsetzung auf Seite 7)

„Wir sind professionell aufgestellt und haben gute, wichtige Schritte für dieses Land in Bewegung gebracht!“

(Fortsetzung von Seite 6)

auch in Sorge, was die Entwicklung angeht. Unternehmen wandern ab; Fehler von Managern wie bei Opel in Bochum müssen nicht mehr diese Manager bezahlen, sondern müssen die Mitarbeiter bezahlen. Liebe Freundinnen und Freunde, das geht nicht in diesem Land! Auch Manager haben Verantwortung!

„Auch Unternehmen haben eine soziale Verantwortung!“

Tarifverhandlungen führen zu finanziellen Einbußen und wenn es mal ein Unternehmen in diesen wirtschaftlich schwierigen Zeiten schafft, hohe Gewinne, Rekordgewinne einzufahren wie die Deutsche Bank, dann ist die Message: Wir entlassen mehr als 1.000 Mitarbeiter. Das geht nicht, liebe Freundinnen und Freunde! Auch Unternehmen haben eine soziale Verantwortung in diesem Land!

Momentan wird sehr diskutiert, auch Dumpinglöhne auf Schlachthöfen oder auf dem Bau. Und es gibt Leute, die wollen eine Verbindung herstellen zwischen dem, was wir eine weltoffene Politik nennen, und diesen Dumpinglöhnen, für die einige in diesen Schlachtbetrieben arbeiten. Liebe Freundinnen und Freunde, wir müssen den Menschen die Wahrheit sagen – und die Wahrheit ist nicht, dass wir uns in Deutschland abschotten können! Diese Politik wird nicht funktionieren! Wenn alle auf dieser Welt unsere Waren haben wollen, dann wird es auch nur mit einer weltoffenen und EU-offenen Politik gelingen, gemeinsam zu Lösungen zu kommen.

Und wenn jemand meint, liebe Freundinnen und Freunde, der Visaerlass habe damit irgend etwas zu tun, dann muss man nur sagen: Wo nehmen die das eigentlich her? Es gibt momentan keine Kritik an den Visa Bestimmungen des Landes in Deutschland. Keine Kritik! Die Kritik richtet sich gegen das, was in der Vergangenheit war. Das heißt, diese Menschen,

die auf diesen Schlachthöfen arbeiten – das kann gar keine Folge des Visaerlasses sein, liebe Freundinnen und Freunde. Und deshalb lasst uns darauf hinweisen, woran es liegt. Zum Beispiel an dem, wogegen wir uns auch wehren: Auf EU-Ebene wird jetzt eine Dienstleistungsrichtlinie diskutiert, nämlich dahingehend, dass Menschen hier arbeiten können unter den sozialen und ökologischen Bedingungen ihres Herkunftslandes. Das werden wir versuchen zu verhindern! Wir wollen ökologische und soziale Standards in diesem Land!

Und die nächste Antwort, die wir angesichts dieser hohen



Zahl von Arbeitslosen geben müssen, ist nicht die Frage, wie können wir uns gegen Globalisierung und Weltoffenheit sträuben, sondern die Frage: Wo sind neue Arbeitsplätze? Wo können wir neue Arbeitsplätze schaffen und wo haben wir Kompetenz in diesem Land? Und dazu sage ich euch: Es gibt einen wichtigen Bereich, in dem wir neue Arbeitsplätze schaffen können, und das ist der Energiebereich.

„Wo können wir neue Arbeitsplätze schaffen?“

Wir sind in Nordrhein-Westfalen das Energiezentrum Europas! Hier in Nordrhein-Westfalen wird die meiste Energie produziert und die meiste Energie verbraucht. Deshalb muss hier in Nordrhein-Westfalen, liebe Freundinnen und Freunde, die Energiewen-

de weg vom Öl stattfinden. Wir müssen hier zu einer neuen Energiepolitik kommen und zu neuen Arbeitsplätzen!

Membrantechnologie und Nanotechnologie

Aber wir schauen auch noch weiter. Umweltpolitik hat so viele Möglichkeiten, Arbeitsplätze zu schaffen. Vielleicht habt ihr in den letzten Tagen einen interessanten Artikel in der Süddeutschen Zeitung gesehen. Da wurde Nordrhein-Westfalen hervorgehoben mit einer neuen Innovation: der Membrantechnologie im Wasserbereich, einer Nanotechnologie. Und was stand da? Dass

gemacht hat? Sie ist hergekommen auf ihren Besuch in Deutschland und hat gesagt: Wir wollen von diesem Emissionshandel profitieren! Wir sehen das als eine Chance für Arbeitsplätze. Deshalb müssen wir in diesem Land gemeinsam Netzwerke gründen mit denjenigen in der Wirtschaft, die fortschrittlicher sind, um solche Fragen auch nach vorne zu bringen! Die Briten sind, was zum Beispiel den Emissionshandel angeht, viel freier, viel offener – und die besetzen die Arbeitsplätze, wenn wir nicht mitmachen! Und deshalb ist es wichtig, hier gegen solche starren Argumente, solche fundamentalistischen Argumente des BDI vorzugehen, liebe Freundinnen und Freunde. „Nein zum Emissionshandel“ ist kein Beitrag für Arbeitsplätze!

Mehr Innovationsbereitschaft

Das gilt auch für andere Bereiche. Ich wünschte mir von den Unternehmen in diesem Land mehr Innovationsbereitschaft. Was ist das denn, wenn das Autoland Deutschland, das sich immer rühmt, die besten Autos auf der Welt zu haben – wenn dieses Autoland Deutschland es den Franzosen überlässt, den Partikelfilter einzuführen? Das geht nicht! Und das ist eine Kritik an den Unternehmen hier in diesem Land!

Wir sehen aber noch mehr. Wir sehen zum Beispiel auch die Möglichkeit, dass mit einer älter werdenden Gesellschaft auch Chancen verbunden sind. Natürlich wird es neue Arbeitsplätze im Gesundheitssystem geben, natürlich wird es neue Arbeitsplätze auch in der Seniorenwirtschaft geben, und auch diese Arbeitsplätze wollen wir erreichen. Aber nicht nur das: Sondern wir gucken auch, wie wir Strukturen verändern können, um hier die Wirtschaft besser aufzustellen. Deshalb sagen wir, wir wollen folgende Punkte nach vorne bringen: Wir wollen, dass die Wirtschaftsentwicklung stärker in den Regionen stattfindet,

(Fortsetzung auf Seite 8)

Wir wollen mehr. Wir wollen in der Abfallwirtschaft für neue Arbeitsplätze sorgen; wir wollen in der Energieeffizienz für neue Arbeitsplätze sorgen. Und ich ärgere mich manchmal über diesen BDI, liebe Freundinnen und Freunde. Er war es doch, der den Emissionshandel am meisten kritisiert hat. Da war der BDI und hat gesagt: Nein zum Emissionshandel. Habt ihr gemerkt, was die Königin von England

(Fortsetzung von Seite 7)

liebe Freundinnen und Freunde. Wir wollen hier dezentrale Strukturen – die Menschen in den Regionen wissen eher, was gut für sie ist, sie wissen eher, wo neue Arbeitsplätze entstehen können. Deshalb ist ein wichtiger Akzent von neuer Wirtschaftspolitik, mehr in den Regionen zu machen.

Den Mittelstand stärken!

Und wir wollen auch den Mittelstand stärken. Dieses Land hat auch wirtschaftlich mehr Probleme als andere, weil wir sehr große Unternehmen haben und eine große Anzahl von großen Unternehmen. Und all diejenigen, die ein solches großes Unternehmen an ihrem Standort haben, wissen: Wenn dieses Unternehmen Husten hat, dann hat die Kommune oder das Land eine Bronchitis! Deshalb ist es wichtig, dass wir auf den Mittelstand setzen. Der Mittelstand ist immer das Rückgrat, das auch in Krisen weiterhin Arbeitsplätze zur Verfügung stellt. Liebe Freundinnen und Freunde, die Grünen sind eine Mittelstandspartei! Und deshalb werden wir in der Wirtschaftspolitik dieses Landes dafür sorgen, dass der Mittelstand gestärkt wird.

Wir wollen aber auch stärker auf Clusterbildung setzen, und wir wollen auch stärker auf Netzwerke setzen. Denn nur dann, wenn die Stärken nach vorne gebracht werden, wenn wir Netzwerke zu den einzelnen Punkten bilden – nur dann werden wir die notwendige Zahl von Arbeitsplätzen schaffen können.

Zukunftsfähig mit guter Bildungspolitik!

Und der wichtigste Beitrag, liebe Freundinnen und Freunde, um zukunftsfähig aufgestellt zu sein, ist eine gute Bildungspolitik. Wir werden die Innovationen nur nach vorne bringen, wenn wir gut ausgebildete junge Leute haben. Deshalb ist die Bildungspolitik, die Bündnis 90/Die Grünen heute vorschlagen, eine wichtige für die Zukunft in diesem Land,

liebe Freundinnen und Freunde!

Offene Ganztagschule

Wir wollen fördern und fordern. Wir wollen Leistung und Integration. Michael wird auf viele Punkte hier noch eingehen; deshalb will ich mich konzentrieren auf die offene Ganztagschule und die verlässliche Grundschule. Mit diesen Instrumenten, liebe Freundinnen und Freunde, haben wir etwas geschaffen, was gut ist für die Bildung in diesem Land. Mit dem, was da geboten wird, schaffen wir es, über das Normale hinaus, was im Fachunterricht erreicht werden kann, mehr Kompetenz an unsere Schülerinnen und Schüler heranzubringen. Die haben tolle Kochveranstaltungen! Was ist das doch für eine gute Idee, wenn wir es endlich mal schaffen, eine gesunde Ernährung, wenigstens eine einzige Mahlzeit pro Tag, liebe Freundinnen und Freunde, unseren Schülerinnen und Schülern in den Schulen zur Verfügung zu stellen. Das wäre ein wichtiger Beitrag für die Gesundheit in diesem Land!

Es gibt Schülerinnen und Schüler, die mittlerweile Unternehmen gründen; die in diesem Rahmen auch ganz andere Projekte initiieren als es im normalen Schulunterricht der Fall ist. Ich habe mit dem Programm „Agenda 21 – Schule“ die Schülerinnen und Schüler aufgefordert, tätig zu sein – Schulhöfe zu entsiegeln, das Regenwasser besser zu nutzen, fairen Handel zu initiieren und in diesen Bereichen tätig

zu sein. Und die Schülerinnen und Schüler sind aktiv, haben Spaß an diesen Sachen und profitieren davon, weil sie Projekte initiieren, sie durchziehen müssen und weil sie ganzheitlich arbeiten bei diesen Projekten, liebe Freundinnen und Freunde. Wer das schafft und wer diese Projekte initiiert, der tut etwas für PISA in diesem Land! Wir wollen, dass wir von diesen schlechten Ergebnissen bei PISA endlich mal wegkommen!



Und dazu gehört auch ein Projekt, das immer wieder von der FDP kritisiert wird und das ich für ein sehr gutes halte. Wir gehen mit den Schülerinnen und Schülern in den Wald – und wir machen eines dabei: Wir zeigen ihnen, wie man auf eine vollkommen andere Art und Weise Natur kennen lernen kann. Was sehe ich denn bei den Kiddies heutzutage? Es gibt ja Kinder, die haben so lange vor dem Computer gesessen, dass sie nicht mal mehr rückwärts laufen können, liebe Freundinnen und Freunde! Und wenn wir die in den Wald bringen, und sie lernen endlich mal, über einen Baumstamm zu klettern – dann können sie sich motorisch auch wieder besser bewegen. Und diese Ganzheitlichkeit, diesen Stress der Stadt herauszunehmen, in die Ruhe des Waldes hineinzugehen – auch das fördert soziale Begegnung, das ist gegen Aggression ein gutes Mittel, und das zeigt einfach, dass man Natur nur ganzheitlich, mit allen Sinnen begreifen kann; auch das ein wichtiges Stück Pädagogik.

Besseres Angebot für Kinder unter drei Jahren

Aber eines gilt auch, gerade was die Betreuungsmöglichkeiten angeht, die ich eben genannt habe in offenen Ganztagschulen und verlässlichen Grundschulen: Wir brauchen ein besseres Angebot unter drei, liebe Freundinnen und Freunde. Es ist wirklich ein Skandal, dass wir so wenig Plätze haben, um hier ein gutes Angebot bereitzustellen. Und es ist doch kein Wunder, dass sich junge Menschen gegen Kinder entscheiden! Weil nämlich die Mutter und der Vater die Erziehung ihres Kindes oft nicht richtig hinbekommen, nicht neben ihrem Beruf noch leisten können. Das heißt, wenn wir wollen, dass wir wieder mehr Kinder haben und dass junge Leute Lust auf Kinder haben, dann werden wir das nur schaffen, wenn sie Beruf und Kindererziehung miteinander verbinden können. Und das geht nur, wenn wir eine gute Betreuung für diese Kinder zur Verfügung stellen, liebe Freundinnen und Freunde!

Gebührenfreies Erststudium

Aber eines gilt auch: Ich möchte, dass wir in diesem Land – und auch das ist ein Thema, das wir in diesem Wahlkampf zu einem Hauptthema machen wollen – eine wirklich gute Sache, die wir hier haben, auch weiter bewahren. Ich möchte, dass das erste Studium, das junge Leute in diesem Land absolvieren, ohne Gebühren weiterhin möglich ist. Ich will keine Studiengebühren in Nordrhein-Westfalen!

Wir wollen, dass junge Leute nach Leistung studieren, und wir wollen nicht, dass sie nach dem Portmonee ihrer Eltern studieren, liebe Freundinnen und Freunde! Ein Recht auf Bildungsgleichheit!

Ich möchte am Ende noch eingehen auf das, was viele von uns beschäftigt – die Diskussion um die Reisevisa. Wir haben in dieser Woche im Land-

(Fortsetzung auf Seite 9)



tag drei Diskussionen dazu gehabt, am Mittwoch, am Donnerstag und in einem der Ausschüsse auch noch am Freitag. Und ich sage euch: Alle diese Vorwürfe, was Kriminalität und Zwangsprostitution angeht, konnten nicht gestärkt werden von der Opposition. Wir haben diese Vorwürfe widerlegt, liebe Freundinnen und Freunde, und es war die Opposition, die keinen Blumentopf bei dieser Debatte gewonnen hat.



Wir haben ganz ruhig und ganz sachlich über die Fakten gesprochen. Erster Vorwurf ist ja bei dem Visaerlass Kriminalität – was ist mit der Kriminalitätsrate? Der Vorwurf lautet, lauter Kriminelle sind aus der Ukraine hier reingekommen. Dazu hat der Innenminister sehr deutlich und klar gemacht: Ein Zusammenhang ist nicht erkennbar zwischen der Kriminalitätsrate der Ukrainer und dem Visaerlass des Auswärtigen Amtes, liebe Freundinnen und Freunde. Ganz klar nicht belegt durch die Fakten und durch die Daten. Die Opposition hat es nicht geschafft, hier Boden gutzumachen. Der zweite Punkt ist die Zwangsprostitution. Auch da wird ja behauptet, dass der Erlass zum enormen Anstieg von Zwangsprostitution von Ukrainern beigetragen hat. Da sage ich nur eins: Das BKA, auf das ja immer verwiesen wird, gibt jedes Jahr einen Bericht zum Menschenhandel heraus, und der höchste Wert von Zwangsprostituierten, von Menschenhandel mit Menschen aus der Ukraine war 1999 – vor dem Erlass von Volmer und Fischer, vor diesem Erlass! Danach waren die Zahlen alle niedriger.



Es gibt einen Brief, einen offenen Brief, den ich jedem nur empfehlen kann – von denjenigen, die, glaube ich, ein richtiges Urteil über die Situation von Zwangsprostituierten abgeben können. Das sind die Betreuungs- und Beratungsstellen, die sich um Zwangsprostituierte kümmern und gegen Zwangsprostitution arbeiten. Die haben in einem offenen Brief eines gesagt, was mich sehr erfreut hat, weil es genau die These stützt, die ich selbst auch immer vertreten habe und für die ich sehr gescholten worden bin. Ich habe ja immer gesagt, Frauen, die hier illegal sind, können eher unter Druck und Zwang gesetzt werden als Frauen, die hier legal sind. Und was sagen diese Frauen in ihrem offenen Brief? Sie bestätigen genau diese These. Sie sagen nämlich, Zitat: „Je legaler und unabhängiger eine Frau nach Deutschland einreisen kann, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie Opfer von Menschenhandel wird, weil sie weniger erpressbar ist“, liebe Freundinnen und Freunde. Das sind die Fakten!

„Je legaler und unabhängiger eine Frau nach Deutschland einreisen kann, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie Opfer von Menschenhandel werden kann.“

Und diese 40 Beratungsstellen, die Frauen, die dort arbeiten, die wirklich Experten sind in diesem Bereich, weil sie nämlich mit dem Frauen zusammenarbeiten, die betroffen sind, die sagen weiter in ihrem Brief, sie können keineswegs die Daten und keineswegs die Zahlen auch des SPIEGEL bestätigen. Sie sagen, der SPIEGEL hat versucht, wirklich hinter ihnen her zu telefonieren; er hat keine Beispiele von ihnen finden können. Und sie haben darum gebeten, dass auch ihre Meinung, nämlich dass es hier keinen Zusammenhang gibt, in dem Artikel

verwendet wird, was nicht der Fall war. Und am Ende sagen sie in diesem Brief – und das finde ich schon ganz spannend und da, finde ich, muss man sehr genau zuhören, sie sagen nämlich: „Wir müssen daher leider davon ausgehen, dass nicht das Schicksal der Betroffenen interessiert, sondern dass das Thema Menschenhandel für politische Zwecke instrumentalisiert werden soll“, liebe Freundinnen und Freunde! Das sind doch die Fakten!

Dem, liebe Freundinnen und Freunde, ist nichts hinzuzufügen! Und deshalb wünsche ich euch heute, dass wir zu dem guten Entwurf, den wir euch vorgelegt haben für ein Wahlprogramm – dass wir hier zu guten Diskussionen zu diesem Wahlprogramm kommen; dass wir morgen ein Wahlprogramm verabschieden, das ein einheitliches, ganzheitliches Konzept für dieses Land darstellt, das Lösungsansätze für die Probleme dieses Landes darstellt. Und deshalb sage ich, liebe Freundinnen und Freunde: Auch wenn uns der Wind momentan ins Gesicht bläst, wir stehen für eine gute Politik, wir stehen für gute Konzepte, und deshalb stehen wir auch zu unserer Politik! Danke – ich freue mich auf den Wahlkampf mit euch!



Bernd Lehmann, Landtagskandidat für Gladbeck und Dorsten, mit Umweltministerin Bärbel Höhn

Informationen zur Landtagswahl

Wahlkampfseiten

- www.erste-wahl.de
- www.deine-gruen.de
- www.gruene-nrw.de

Kandidaten

- [Bärbel Höhn](#)
- [Michael Vesper](#)
- [Landesliste](#)
- [Bernd Lehmann \(GLA\)](#)

Programm

- [Landtagswahlprogr.](#)
- [Themen \(Flyer etc.\)](#)

Downloads

- [TV- und Kinospot](#)
- [Videobotschaften](#)
- [Bildschirmschoner](#)
- [Wallpapers](#)
- [Das Eierspiel](#)
- [E-Cards](#)

Termine

- [Gladbeck und Dorsten](#)
- [NRW](#)

Wahl-o-Mat

- [hier testen](#)



Bündnis 90 / DIE GRÜNEN Gladbeck

V.i.S.d.P. Bernd Lehmann
Stadtverbandssprecher
Rentforter Straße 43 a
D-45964 Gladbeck

Telefon: 0 20 43 / 2 54 12
Fax: 0 20 43 / 2 17 76
E-Mail: info@gruene-gladbeck.de

Grün wirkt!

ALLE INFOS FINDEN SIE IM NETZ
UNTER
WWW.GRUENE-GLADBECK.DE

Zu diesem Newsletter:

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie sich über unsere Seite in unseren Info-Verteiler eingetragen haben. Es kann aber auch sein, dass Ihnen diese Ausgabe unseres Newsletters von uns oder anderen zugesandt wurde, weil wir meinten, dass Sie Interesse an Informationen über unsere Stadt haben.

Es liegt uns fern, Sie unaufgefordert mit emails zu belästigen. Um den Newsletter zu abonnieren bzw. um ihn (nach einer Anmeldung) wieder abzubestellen, können Sie eine leere e-mail an folgende Adressen senden:

→ **anmelden:** gruene-gladbeck-subscribe@domeus.de

→ **abmelden:** gruene-gladbeck-unsubscribe@domeus.de

Ein- und austragen können Sie sich auch über unsere Internetseite. Gerne stehen wir Ihnen auch telefonisch, per email oder Fax. zur Verfügung.

Mai

Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
02 Schulausschuss	03 Claudia Roth in Recklinghausen (Ruhrfestspiele)	04 Mary, Stadthalle	05 Volksradwander- tag	06 Greanbeatz in Bochum (Tanzpalast)	07 Gladbeck feiert, Innenstadt	08 Muttertag
09 Haupt- und Finanzausschuss	10 Podiumsdiskus- sion im Dietrich- Bonhoeffer-Haus	11 Dumm gelaufen, Komödie, Stadthalle	12 Podiumsdiskus- sion des Stadt- katholikenaussch.	13 Krimi-Dinner, Schloss Wittrin- gen	14 Grüner Infostand in der Innenstadt	15
16 Frühlingsfest, Innenstadt	17	18 Ausstellung „Seniorenbeirat“, Stadtsparkasse	19 Kommunales Kino „Mädchen Mäd- chen 2“	20 6-Zylinder singen, A capella, Stadthalle	21 Grüner Infostand in der Innenstadt	22 Landtagswahl Wahlparty (18:00)
23 Fame - das Musi- cal, Musiktheater Gelsenkirchen	24 Frühlingsfest Innenstadt	25 Jessica-Band G.-H.-Realschule, Gelsenkirchen	26 Fahrradtreff der Naturfreunde Bottrop	27	28 Gospelnacht, St. Josef Kirche Bottrop	29